

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2021

Haushaltsrede

Erster Beigeordneter / Stadtkämmerer

Simon Woywod

19.01.2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Kollegen,

als Kämmerer einer Kommune ist es nicht mein erster Haushalt, den ich einbringe, aber es ist mein erster Haushalt hier in Radevormwald.

Viel bedeutender ist allerdings, es ist für uns alle der erste Corona-Haushalt.

Aber ich kann Ihnen auch sagen, dies ist sicherlich der schwierigste Haushalt den ich bisher eingebracht habe.

Und damit heiÙe ich Sie herzlich Willkommen zur Einbringung des Haushaltes der Stadt Radevormwald 2021.

Wer sich nicht bewegt, der steht still. Und Stillstand ist das Schlimmste was einer Stadt passieren kann. Daher ist es auch gut, richtig und wichtig, dass sich Radevormwald entwickelt.

Aber Entwicklung kostet nun auch Geld. Und so möchte ich Ihnen zunächst die geplanten Investitionen für das Jahr 2021ff kurz darstellen.

Ca. 12,2 Millionen Euro im Jahr 2021

Dabei sind für Kanalbaumaßnahmen sind insgesamt ca. 3,2 Mio. Euro und für den Straßenbau ca. 2,6 Mio. Euro vorgesehen.

Dabei entfallen auf das Baugebiet Karthausen als eines der wichtigsten Projekte im kommenden Jahr fast 2 Millionen Euro für den Kanalbau und 1,2 Mio. Euro für den Straßenbau. Der Umsetzung des Neubaugebietes kommt sicherlich auch für das Image unserer Stadt ein bedeuter Aspekt zu.

Für den Erwerb weiterer Grundstücke sind für das Jahr 2021 knapp 1,8 Million Euro und im Folgejahr nochmals knapp 1 Million Euro vorgesehen.

Für den Erwerb von Fahrzeugen sind 258.000 Euro und für den Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. der Schulen ca. 1,08 Mio. Euro im Haushalt 2021 enthalten.

Für die Sanierung Life-Ness werden 643T Euro im Jahr 2021 und 1,7 Mio. Euro im Jahr 2022 im Haushalt als Weiterleitung der Fördergelder sowie Eigenkapitalzuschuss vorgesehen. Hierzu haben erste Gespräche mit der Geschäftsführung der Bäder stattgefunden, um unter der neuen Situation der 100%igen Anteilshaltung sowie Gewinnabführung der Stadtwerke an einem Konzept zu arbeiten, ab dem Jahr 20XX keine weiteren Mittel als Liquiditätssicherung mehr zu benötigen.

Oder lassen Sie es mich anders sagen. Die Gewinnabführung der Stadtwerke an die Bäder GmbH betragen jährlich zwischen 1,2 – 2 Mio. Euro und trotzdem bleiben die Bäder in der mittelfristigen Planung defizitär.

Damit sage ich mit keinem Wort, dass wir das „life-ness“ nicht brauchen, nicht haben oder gar schließen wollen. Im Gegenteil, es macht Radevormwald ein sehr gutes Stück attraktiv und bietet die Möglichkeit des Schwimmen-Lernens und einen guten Freizeitwert. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass dies nicht nur für die eigenen Bürgerinnen und Bürger geschieht, sondern auch für viele Menschen aus der näheren Region. Und ich möchte ehrlich zugeben, bis zu 2 Millionen Euro Zuschuss bzw. Gewinnabführung der SWR pro Jahr sind sehr viel Geld. Geld welches auch dem städtischen Haushalt gut tun würde. Daher wäre es erstrebenswert in eine gesunde Diskussion und einen Prozess einzusteigen, die Attraktivität der Bäder dauerhaft erhält, jedoch gleichzeitig den Zuschussbedarf optimiert und somit Freiräume für die Verwendung der SWR-Gewinne schafft. Hierzu haben bereits eine erste interne Analyse und ein Gespräch mit der Geschäftsführung der Bäder sowie dem Aufsichtsratsvorsitzenden stattgefunden.

Die Stadtwerke sind durch den Rückkauf der Innogy-Anteile nun zu 100% in städtischer Hand (indirekt durch die Bäder). Dies bedeutet sehr große Chancen der Einflussnahme, gleichzeitig aber auch eine

ebenso große Pflicht, diese zielgerichtet zu führen und dies in einem sich stark verändernden Markt.

Für den Bereich der Gebäudeinvestitionen sind für das Jahr 2021 2,5 Mio. Euro geplant. Hier steht insbesondere der Beginn des Projekts der Nordstraße mit einem ersten Anteil von 560.000, die Sanierung der Turnhalle GGS Stadt mit 415.000 Euro sowie An- und Umbaumaßnahmen im Kita- und Schulbereich an.

Apropos Schule. Die Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Ausrichtung der Grundschulen Bergerhof und KGS Lindenbaum ist noch nicht abgeschlossen. Dennoch ist es wichtig, sich bereits jetzt mit dem Thema und den Auswirkungen zu beschäftigen. Völlig klar ist doch, dass wir das Thema eines guten Bildungsangebotes in unserer Stadt maximalen Priorität einräumen müssen. Nur damit bleiben wir als Stadt für die Menschen attraktiv, für die die schon da sind und auch für die, die noch kommen wollen, wie zum Beispiel ins Neubaugebiet nach Karthausen. Hier sollen u.a. junge Familien angesprochen werden, doch diese kommen natürlich nur, wenn Sie sehen, dass sich in Radevormwald auch etwas tut und sie gute Kinderbetreuungs- und Schulangebote vorfinden.

Gleichzeitig muss die Entscheidung, welche Variante für die Schulen gewählt wird auch aus finanzieller sehr gut überdacht werden. Lassen Sie mich kurz 2 Szenarien skizzieren.

Sollte eine Sanierung im Bestand gewählt werden (was vermutlich die günstigste Variante darstellt), so muss berücksichtigt werden, dass auch hierbei nicht unerhebliche Kosten für Übergangslösungen während des Umbaus anfallen (können), die den Haushalt als Aufwand direkt belasten.

Betrachten wir einen Neubau. Dieser wird sicherlich deutlich teurer als eine Sanierung im Bestand, sicherlich aber auch die deutlich bessere, zukunftssichere und pädagogisch wertvollere Variante sein.

Schaut man sich völlig ungeachtet der möglichen Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Neubauten im Land an, kosten diese schnell 12-15 Mio. Euro und mehr und das pro Schule.

Rechnet man für 2 Schulen einen fiktiven Wert von 25.000.000 Euro und eine 100% Fremdfinanzierung, bedeutet dies einen Zinsaufwand in Höhe von 125.000 Euro bei einem derzeitigen Zinsniveau von 0,5% und einer Zinsbindung von 30 Jahren. Günstiger wird es wohl niemals werden sich Geld zu leihen.

Gleichzeitig würden die 25 Mio. Euro auch einen jährlichen Aufwand durch Abschreibungen in Höhe von 416.666 Euro über 60 Jahre Nutzungsdauer bedeuten. In Summe also 540.000 Euro jährlich, zusätzlich zur aktuellen Haushaltslage.

Als mögliches Vorgehen könnte ich mir sehr gut vorstellen, einen großen Teil der zukünftigen Schulpauschale für dieses Vorhaben „anzusparen“, um den Abschreibungsaufwand ein wenig reduzieren zu können.

Im Haushalt sind bisher lediglich als eine Art Merkposten 500.000 Euro im Jahr 2022 sowie jeweils 5,0 Mio. Euro in den Jahren 2023 und 2024 vorgesehen.

Hier wird es daran sein, zu diskutieren, in welcher Größe und in welcher Qualität auch vor dem Hintergrund einer möglichst energieschonenden klimafreundlichen Bauweise man dieses wichtige Projekt auf den Weg bringen will.

Die Verwaltung ist gegenwärtig dabei, einen Vorschlag für ein schlüssiges Gesamtkonzept zusammen mit der Assman-Gruppe zu erarbeiten und dieses der Politik für eine Grundsatzentscheidung in einer Sondersitzung des Rates Anfang Mai zuzuleiten.

Und damit möchte ich gerne zum Kernstück des Haushaltes kommen, der Ergebnisrechnung.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle zunächst einige klarstellende Worte verlieren.

Bereits bei meiner Bewerbungsrede im April dieses Jahres habe ich gesagt, dass es für eine Stadt wichtig ist zu sparen, sich aber gleichzeitig nicht kaputtzusparen. Die genannten Investitionen und angegangenen Projekte sind für die Entwicklung unserer Stadt richtig

und auch wichtig. Die Städte um uns herum stehen nicht still, und der Wettbewerb unter den Kommunen um Einwohner, Schüler, Unternehmen, Touristen und auch Personal hat längst begonnen. Und wir müssen uns dieser Konkurrenzsituation stellen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch die eigene Handlungsfähigkeit gewährleisten. Dazu brauchen wir dauerhaft Eigenkapital.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle nochmals kurz erläutern, warum mir dieser Aspekt so immens wichtig ist.

Wann ist ein Haushalt ausgeglichen?

1. Wenn er strukturell ausgeglichen ist, d.h. die Erträge sind höher als die Aufwendungen

Dies wäre der erstrebenswerteste Zustand, aber vielen Kommunen gelingt dies durch diverse, nicht beeinflussbare Faktoren wie Einbruch der Gewerbesteuer, Kreisumlage oder Schlüsselzuweisungen nicht immer.

2. Wenn man den Ausgleich durch Verwendung der sog. Ausgleichsrücklage darstellen kann

Leider ist diese Rücklage in Rade nicht mehr vorhanden und kommt daher nicht in Betracht.

3. Wenn man den Ausgleich durch Verwendung der sog. Allgemeinen Rücklage darstellen kann.

Hierbei ist es jedoch wichtig zu wissen, dass dies an bestimmte Bedingungen geknüpft ist.

Der Verzehr darf in einem Haushaltsjahr nur $\frac{1}{4}$ oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu $\frac{1}{20}$ der Höhe der Allgemeinen Rücklage erfolgen. Sonst ist wieder zwingend ein HSK vorgeschrieben. Dann unterliegt man wieder einem komplexen Genehmigungsverfahren und Kontrolle der Kommunalaufsicht. Bei vollständigem Verbrauch des Eigenkapitals ist man Überschuldung. Letzteres bedeutet, dass uns faktisch all unser Vermögen, die Straßen, Kanäle, Gebäude etc. nicht mehr gehören, da sie komplett fremdfinanziert sind.

Für Radevormwald bedeutet dies, dass wir uns durch vorhandenes Eigenkapital auch mal ein Jahr mit Verlust erlauben könnten, aber gleichwohl nicht wollen. Weil es einfach mal vorkommen kann, dass es nicht reicht. Aktuell bedeutet das Beträge von 5,9 Mio. Euro nach der $\frac{1}{4}$ Regelung und viel wichtiger von 1,1 Mio. nach der $\frac{1}{20}$ Regelung 2 Jahre hintereinander. Diese Fehlbeträge könnten wir uns mit den aktuellen Rücklagen nach dem Verlassen des HSKs erlauben ohne erneut ins HSK zu rutschen. Aber nochmals, dies ist absolut kein erstrebenswerter Zustand und stellt lediglich eine eigentlich nicht gewollte Option dar, um trotz eines Verlustes handlungsfähig zu bleiben.

4. Einsatz Globaler Minderaufwand

Pauschale Kürzung der ordentlichen Aufwendungen um 1%.

Diese Kürzung muss im Haushaltsjahr trotzdem erwirtschaftet werden und zwar auch rein rechnerisch von pflichtigen Ansätzen.

Und um uns möglichst viele Freiräume zu ermöglichen, uns handlungsfähig zu erhalten und nicht permanent unter Aufsicht zu stehen, ist der Erhalt des Eigenkapitals so elementar wichtig. Dazu ist die Rechnung eine ganz einfache: Je mehr Rücklagen vorhanden sind, desto mehr Freiräume haben wir.

Umso mehr freue ich mich, dass der Corona-unabhängige geplante Verlust von mehr als 8 Millionen für das Jahr 2020 durch die Erstattung des Landes des Gewerbesteuerausfalls weitestgehend kompensiert werden kann. Vielleicht gelingt es uns sogar im Rahmen des Jahresabschlusses eine schwarze 0 darzustellen und noch ein wenig Vorsorge durch Rückstellungen zu betreiben.

Kommen wir zu den Positionen des Jahres 2021.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen aufgrund von Tarifabschlüssen, Zuführung zu Pensionsrückstellungen sowie neu einzurichtenden Stellen auf 14,4 Mio. Euro an. Aber ich möchte mich an dieser Stelle nicht beklagen. Wir brauchen gutes Personal, insbesondere vor dem Hintergrund vieler umzusetzender Projekte, die auch nicht allesamt extern vergeben werden können.

Trotzdem müssen wir aufpassen, dass uns die Personalkosten dauerhaft nicht zu stark belasten. Weil einmal eingestelltes Personal dauerhaft da ist. Bei vielen Projekten ebenso wie bei wenigen, sei die Leistung gut oder auch mal weniger gut, die Kosten bleiben dieselben. Durch die gestiegenen Anforderungen ist es notwendig geworden, Spezialisten wie Klimaschutzmanager, Fördermittelmanagement, Digitalisierungsmanager, Energiesparmanager und Wirtschaftsförderer einzusetzen, weil diese Aufgaben mittlerweile nicht mehr nebenbei miterledigt werden können. Hier ist es uns bereits gelungen viele dieser Stellen sehr gut zu besetzen.

Aber man merkt mehr und mehr, wie schwer es ist, gutes Personal extern zu akquirieren. Insbesondere im Bereich gehobener Sachbearbeitung oder bei Leitungsstellen herrscht mittlerweile ein regelgerechter Kampf unter den Kommunen. Und von daher ist es unsere Pflicht selber für gute, junge Mitarbeiter/innen zu sorgen und auszubilden und zwar für alle Ebenen, sei es im gehobenen Verwaltungsdienst als auch im technischen Bereich des Straßenwärters.

Und so denke ich, dass wir in Rade ein sehr gutes Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben und dieses weiterhin fördern und fordern werden und müssen.

Allerdings wird die Spirale, für neue Projekte und Aufgaben kontinuierlich neues Personal bereitstellen zu müssen dauerhaft schwer umsetzbar sein. An dieser Stelle soll bereits erwähnt werden, dass sich der Verwaltungsvorstand aufgrund der Vielzahl von gleichbedeutenden und gleichzeitig sehr kapazitätsbindenden Projekten mit einer internen Priorisierung befasst und diese dann zukünftig auch an die Politik richten wird.

Ich komme zur Kreisumlage.

Diese beträgt im kommenden Jahr 13,74 Mio. Euro und im Jahr 2022 14,34 Mio. Euro.

Ich bleibe bei meiner bereits getätigten Aussage, dass ich die Erhöhung des Hebesatzes für die Kommunen für zu hoch erachte und mir vom OBK erhoffe, dass dieser von den auch für ihn geltenden o.g. Rücklagen maximal Gebrauch macht, um seine Kommunen zu entlasten damit deren Defizite im Haushalt nicht durch Steuererhöhungen an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden müssen. Ein entsprechendes Ersuchen ist seitens der Bürgermeister im OBK an den Kreis im Rahmen des Benehmensverfahrens eindeutig adressiert. Ich frage mich, wenn der Kreis jetzt nicht an seine Rücklagen gehen möchte, wann dann? Hier hoffe ich wie gesagt auf eine spürbare Entlastung der Kommunen bis zur Verabschiedung des Kreishaushaltes und damit auch unseres eigenen.

Insbesondere im Bereich des Jugendamtes und hier der Jugendhilfe sowie bei den Kindertageseinrichtungen bestehen weiterhin große finanzielle Risiken in Form von teilweise gravierenden Kostensteigerungen. Hier ist das Jugendamt gegenwärtig dabei, ein neues Gesamtkonzept aufzustellen, das neben entsprechenden Qualitätsansprüchen auch ein Finanzcontrolling sowie Maßnahmen zur dauerhaften Kostenstabilität um nicht sogar Kostensenkung zu sagen, beinhalten soll.

Im Bereich der Sozialausgaben werden die Folgen der Corona-Pandemie besonders zu beobachten sein. Für den Asylbereich gehe ich davon aus, dass die Landes- und Bundespolitik dauerhaft für eine auskömmliche Finanzierung der Flüchtlingskosten unabhängig des jeweiligen rechtlichen Status sorgen wird. Eine Abwälzung mit verbleibenden Kosten bei den Kommunen kann zukünftig nicht im Interesse der Politik liegen.

Das Zinsniveau bewegt sich gegenwärtig auf einem historischen Tief. Auch mittelfristig rechne ich hier nicht mit dramatischen Steigerungen, jedoch möchte hier kurz skizzieren, was ein Zinsanstieg für Radevormwald bedeuten würde.

+ 0,5% -> 330.000 Euro

+ 1,0% -> 660.000 Euro

+2,0% -> 1.320.000 Euro

Summen, die gegenwärtig nahezu keine Kommune stemmen könnte.

Für die bereits vorhin erwähnte Umsetzung des Neubaugebietes Karthausen sind im Haushalt 2021 Erträge aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 2,5 Mio. Euro vorgesehen. Dies bedeutet noch nicht, dass dort im Jahr 2021 auch bereits die ersten Häuser stehen, aber die Grundstücksvermarktung muss tatsächlich im Jahr 2021 beginnen. Auch in den Folgejahren sind entsprechende Erträge im Haushalt vorgesehen.

Komme ich zu den Resultaten des Jahres 2021.

Es war für das Jahr 2021 vorgesehen, die Gewerbesteuer von 490% auf 499% und die Grundsteuer B von 490% auf 535% zu erhöhen.

Diese Erhöhungen werden für das Jahr 2021 nicht vorgenommen. Die Hebesätze können auf dem aktuellen Niveau bestehen bleiben gleichzeitig gelingt es einen ausgeglichenen Haushalt für 2021 darstellen.

Es wird ein knapper Jahresüberschuss in Höhe von 106.507,22 Euro ausgewiesen.

Wir können dadurch das Haushaltssicherungskonzept bereits ein Jahr früher als gedacht verlassen und sind ab dem Jahr 2022 wieder unser eigener Herr.

Dieses Resultat war für den Bürgermeister, mich und die Verwaltung gerade in der aktuellen Coronalage ein absolutes Wunschergebnis.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unserer Stadt werden in dieser schweren Zeit vorerst nicht mit höheren Steuern belastet.

Aber dies gelingt nur durch die Bilanzierung Corona-bedingter Schäden. Diese Schäden setzen sich maßgeblich aus Mindereinnahmen im Bereich Einkommens- und Umsatzsteuer sowie der Gewerbesteuer zusammen.

Durch den bereits o.g. Gewerbesteuerausgleich durch das Land NRW gehen die Schlüsselzuweisungen in den Jahren 2021 und 2022 ganz massiv zurück. Im Jahr 2021 um 3,8 Mio. Euro (auf knapp über 600T Euro) und im Jahr 2022 um 4,6 Mio. Euro (auf 0). Diese Mindererträge werden und können wir als Corona-Schaden bilanzieren.

Der Gesamtschaden im Jahr 2021 beträgt 6,78 Mio. Euro und im Jahr 2022 6,91 Mio. Euro.

Für die Gewerbesteuer gehe ich für das Jahr 2021 unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes von einem Wert von 14,5 Mio. Euro aus. Der sollte sich bis zum Jahr 2024 wieder auf ein Vor-Corona-Niveau von 18,8 Mio. Euro erholen sollte.

Ab dem Jahr 2022 gelingt der Haushaltsausgleich nur mit einer noch „moderaten“ Erhöhung der Grundsteuer B auf 540 Prozentpunkte bei gleichbleibendem Hebesatz der Gewerbesteuer. Auch hier wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 113.000 Euro ausgewiesen werden.

Das Jahr 2023 stellt gegenwärtig noch das größte Problemjahr dar. Hier ist der Haushaltsausgleich gegenwärtig mit einem Minus von 1,98 Euro trotz eines geringfügigen Anstieges der Grundsteuer B um 10%Punkte momentan noch nicht darzustellen. Aber, bislang wurden für das Jahr 2023 noch keine Corona-Schäden berücksichtigt, ich komme gleich dazu warum. Des Weiteren sind im Jahr 2023 geringere Verkaufserlöse für Karthausen enthalten, und die Kluft zur bisherigen Kreisumlage klafft im Jahr 2023 am größten.

Das Jahr 2024 kann durch eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B auf 570% Punkte und somit immer noch 90% unter dem Höchstsatz der bisherigen Planung von 660% Punkten ausgeglichen gestaltet werden. Ein Überschuss in Höhe von 195.000 Euro ist vorgesehen.

An dieser Stelle nochmals die Klarstellung, dass die dargestellten Steuererhöhungen in den Jahren 2022-2024 lediglich Planwerte sind, die nicht konkret zu beschließen sind.

Aber ab dem Jahr 2025 müssen wir nach den gesetzlichen Regelungen die bilanzierten Corona-Schäden über 50 Jahre abschreiben. Dies bedeutet einen Basiswert von 13,69 Mio. Euro und somit einen Start in jedes Haushaltsjahr ab 2025 mit einem Minus 274.000 Euro die wir zusätzlich erwirtschaften müssen.

Zusammen mit den resultierenden, aber auch zwingend erforderlichen Mehraufwendungen der Schulentwicklung stellt sich hier ein zu erwirtschaftender Betrag ab 2025 in Höhe von fast 800.000 Euro zum

aktuellen Ist-Zustand dar. Und das ist bei weitem kein Pappentier, der mal eben kompensiert wird. Daher mein Appell, dass die Last für zukünftige Generationen groß werden könnte, weil viele Projekte einfach umgesetzt werden müssen und bzw. die Abschreibung der Corona-Schäden zwangsläufig anfallen wird.

Ich sehe viel oder besser gesagt nahezu keine Luft für weitere Projekte insbesondere im konsumtiven Bereich (über den Veränderungsnachweis), so leid wie es mir tut, nicht ohne das Zurückstellen anderer bereits vorgesehener Projekte in dann gleicher Größenordnung.

Grundsätzlich besteht ein wenig Hoffnung, dass die Corona-Pandemie im Jahr 2021 nach und nach an Schrecken verliert und das Leben Schritt für Schritt wieder normaler wird. Welche Regelungen langfristig von Bundes- und Landesregierung für die Finanzlage der Kommunen vorgesehen ist, steht gegenwärtig in den Sternen. Vielleicht gibt oder muss es irgendwann einmal eine Art Altschuldenfonds geben?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können sich sicher sein, dass es neben der zwingend notwendigen, positiven Entwicklung unserer Stadt meine absolute Priorität hat, alle Potenziale des Haushalts- und Bilanzrechtes sowie alle Möglichkeiten der Optimierung und Neuausrichtung von Abläufen, Prozessen und Strukturen zu suchen, zu finden und zu nutzen, um auch für das Jahr

2022, insbesondere 2023 und 2024, keine Steuererhöhungen durchführen zu müssen und Verluste sowie Eigenkapitalabbau zu vermeiden.

Vielleicht brauchen wir spätestens für die Planung der Jahre 2022ff noch andere Herangehensweisen, wie Vorgabe von Maximalbudgets im Rahmen der Mittelanmeldung, Festsetzung von Höchstwerten durch die Politik für verschiedene Posten der Sach- und Dienstleistungen und sonstiger ordentlicher Aufwendungen sowie eine noch zielgerichtetere Planung aller Ausgaben im Hinblick auf ihre tatsächliche Umsetzbarkeit im vorgesehenen Zeitraum und möglich auch die Hinterfragung der ein oder anderen freiwilligen Leistung.

Vielleicht hätte man den Eigenkapitalabbau durch geeignete Gegenfinanzierung oder den ein oder anderen Optimierungsprozess ein klein wenig eher anstoßen können, um noch über ein höheres Eigenkapital zu verfügen. Aber das meine ich ohne jegliche Art der Schuldzuweisung. Wir müssen jetzt mit der Situation leben, wie sie ist, und zielgerichtet handeln, um möglichst gut für die Zukunft aufgestellt zu sein und den großen, bevorstehenden Aufgaben offen entgegentreten und diese transparent abzubilden.

Wir müssen uns als Stadt positiv entwickeln und im gleichen Atemzug handlungsfähig bleiben.

Bevor ich meine Haushaltsrede beende, gehört mein Dank meinem Team der Kämmerei allen voran Herrn Uellenberg, Herrn Borg und Frau Faubel für die sehr gute und zielgerichtet Aufstellung des Haushaltes unter schwierigen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gilt mein Dank dem Bürgermeister sowie meinen Kollegen im Verwaltungsvorstand und dem Team der Verwaltung für eine sehr freundliche Aufnahme in Radevormwald und jederzeit gute und konstruktive Gespräche und Diskussionen. Ohne diese Zusammenarbeit wäre diese Werk in dieser Form nicht möglich gewesen, vielen Dank dafür!

Meinen besonderen Dank möchte ich noch an einen Schüler der 4.Klasse der KGS richten, Alexander Nikitin. Nach einem kleinen Aufruf in der KGS wurde das gemalte Bild von Alexander als „Sieger“ gekürt. Es zielt in diesem Jahr das Deckblatt unseres Haushaltsplanes. Eine kleine Anerkennung wird, sobald es die Situation zulässt an ihn und die weiteren Teilnehmer überreicht werden.

Schließen möchte ich nun mit einem Zitat eines mir unbekanntem Autors:

Spare nicht das, was nach dem Geldausgeben noch übrig ist.

Gib lieber das aus, was Dir nach dem Sparen noch verbleibt.

Besser könnte ich das Motto für die Einbringung des Haushaltes 2021 nicht beschreiben.

In diesem Sinne wünsche ich uns konstruktive Haushaltsberatungen
Sofern für die Verabschiedung des Haushaltes Fragen seitens der Fraktionen existieren, wäre es meine Bitte, diese bereits im Vorfeld an die Verwaltung heranzutragen, damit dann eine bestmögliche Beantwortung für die Sitzung vorbereitet werden kann.

Alle Ratsmitglieder haben eine Einladung zu einer Videokonferenz für einer Informationsveranstaltung zur Einführung ins Themengebiet „Das neue Kommunale Finanzmanagement“ für Kommunalpolitiker erhalten. Das Angebot gilt selbstverständlich auch für alle Sachkundigen Bürger. Hier würde ich mich über eine hohe Beteiligung freuen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.